

BERICHTSVORLAGE DER VERWALTUNG NR.: 247/2014/1

Bezeichnung des Tagesordnungspunkts		
Zentralisierung der Verwaltung - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung		
Datum 12.01.15	Geschäftszeichen FB 2 / St	Beigef. Anlagen im einzelnen (mit Seitenzahl)
Federführender Fachbereich: Fachbereich 2 - Immobilienmanagement		Beteiligte Fachbereiche: FB 1, FB 3, G I, G II
Beratungsgremien	Beratungstermine	Zuständigkeit
Hauptausschuss	29.01.2015	zur Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

ohne

Sachverhalt:
Diese Vorlage ersetzt die Vorlage Nr. 247/2014.

Die Stadt Schwelm befindet sich weiterhin in einer sehr schwierigen Haushaltssituation. Dies ist Hintergrund zum einen für die problematische räumliche Unterbringung der Verwaltung sowie zum anderen für die äußerst engen Handlungsspielräume bei den Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Verwaltung ist räumlich dezentral in drei Verwaltungsgebäuden untergebracht. Diese Situation ist gegenüber einer "einhäusigen Verwaltung" in vielerlei Hinsicht ungünstig und wirkt sich negativ auf Flächenbedarf, Gebäude-/Nutzungskosten, Informations- und Kommunikationsfluss und Arbeitsabläufe aus.

Auch Serviceorientierung und davon ausgehende Wirkungen auf die Bürgerfreundlichkeit werden durch die Lage, Parkplatzsituation, Erreichbarkeit und Gestaltung der Geschäftsräume der Verwaltung (z. B. behindertengerechter Zugang, leichte Orientierung für Besucher im Rathaus bzw. in den Verwaltungsgebäuden, freundliche Gestaltung der Geschäftszimmer, der Wartezonen und Flure) beeinträchtigt. Erschwerend kommt ein jeweils schlechter baulicher Zustand der Gebäude hinzu. Die Ergebnisse der Begehungen, die u.a. nach dem Arbeitsschutzgesetz regelmäßig durchzuführen sind, zeigen, dass Handlungsbedarf besteht. Die Ergebnisse der letzten Begehung im November 2014 werden derzeit geprüft.

Die Ergebnisse aus der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, die in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium des Landes NRW sowie der Kommunalaufsicht erarbeitet wurden, der Organisationsuntersuchung durch das Unternehmen PwC sowie der Flächenbedarfsermittlung durch das Unternehmen Dress & Sommer werden nun als Grundlage für die Umsetzung der weiteren notwendigen Projektschritte dienen. Mit Ziffer 2 der Beschlussvorlage Nr. 247/2014 sollte eine Kommission gegründet

werden, die diese weiteren Projektschritte begleitet. Die Beratungen haben jedoch gezeigt, dass die Gründung dieser Kommission nicht befürwortet wird.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung nunmehr die vorliegenden Ergebnisse in einer Beschlussvorlage dem Hauptausschuss zur Beratung und Entscheidung vorlegen. Beabsichtigt ist die Behandlung in der Sitzung am 16. April 2015.

Der Bürgermeister
gez. Stobbe